

zum anderen ihren Konsum ein oder wichen auf konservierte Ware aus.

Besonders hart betroffen waren zunächst Landwirte und Molkereibetriebe. Im Mai konnten sie zeitweilig nur ein Viertel der sonst üblichen Menge Frischmilch absetzen. Auch Joghurt, Quark und Sahne ließen sich nur schwer verkaufen. Selbst kritische Konsumenten kauften nun H-Milch, Eier aus Legebatte-rien oder Äpfel aus Südafrika – alles Produkte, die sie sonst naserümpfend liegenließen.

Allein in den ersten vier Wochen nach dem Reaktorunfall verbuchten die Molkereien Umsatzeinbußen in Höhe von 180 Millionen Mark. Auf rund 100 Millionen Mark bezifferten die Gemüsebauern ihre Ausfälle, weil Salat, Spinat und Porree unverkäuflich waren.

Auch der Handel konnte die Folgen der sowjetischen Katastrophe bald an seinen Umsätzen ablesen. „Dagegen war der Wein-Skandal“, meinte ein Spar-Händler in München, „ein Kinderspiel.“

Da gerieten einige Händler in Versuchung und wollten ihre Kunden überlisten. Gurken aus Bulgarien etwa oder Erdbeeren aus Italien wurden als spanische Ware angeboten, selbst wenn herumliegende Transportkisten keinen Zweifel über die wahre Herkunft der Produkte zuließen.

Nachdem sie sich von ihrem Schrecken erholt hatten, versuchten Politiker die Verbraucher zu beruhigen. In Mainz verzehrte Ministerpräsident Bernhard Vogel frischen Salat aus der Pfalz, in Nordrhein-Westfalen trank Johannes Rau vor surrenden Kameras wieder frische Milch, und Kanzlergattin Hannelore Kohl ließ sich in Bonn beim Gemüse-Einkauf ablichten.

Doch die zur Schau gestellte Furchtlosigkeit half wenig. Sieben Wochen nach dem Reaktorunfall stockt der Absatz von Milch und Frischgemüse noch immer. „Auf Verunsicherung“, erkannte der Deutsche Raiffeisen-Verband, „reagiert der Verbraucher eben schneller als auf Entwarnung.“

Die Vorsicht hat auch gute Gründe: Die Experten nämlich sind sich noch immer nicht einig, ob die Deutschen wieder gefahrlos zu ihren Ernährungsgewohnheiten zurückkehren können. Die von der EG-Kommission festgelegten Grenzwerte der Strahlenbelastung, meinte zum Beispiel ein vom Bund für Umwelt- und Naturschutz zusammengeführtes Expertengremium, seien „unverantwortlich hoch“. Die Behauptung der Strahlenschutzkommission, die Gefahr sei vorüber, bezeichneten die Alternativexperten als „glatt gelogen“.

Bisher ist nämlich nur das radioaktive Jod 131 wegen seiner raschen Zerfallszeit weitgehend aus der Nahrung verschwunden. Dafür tauchen nun immer häufiger hohe Cäsium-Werte auf, und Messungen von Strontium 90 liegen kaum vor.

Beunruhigende Spitzenwerte von Cäsium, das erst in Jahrzehnten zerfällt, stellten die Kontrolleure vor allem bei Wild- und Schaffleisch fest, aber auch bei Rindfleisch. Hätten die hessischen Grenzwerte bundesweit Geltung, stellte Anfang Juni ein Forscher des Heidelberger IFEU-Instituts fest, „dürfte ein Drittel des Rindfleisches nicht verkauft werden“.



tageszeitung

Der Handel hofft, mit dem Mehrumsatz an Konserven und Tiefkühlkost die Einbußen bei frischer Ware weitgehend ausgleichen zu können. Denn vorerst sind Produkte aus der Ernte des vergangenen Jahres – in Büchsen, Gläsern und Tiefrostpackungen – noch zu haben.

Schwierig aber wird es mit der neuen Produktion. Spinat etwa wurde tonnenweise untergepflügt, was insbesondere den Herstellern von Babynahrung zu schaffen macht. Die Unilever-Tochter Langnese-Iglo hat 4000 Tonnen Spinat in diesem Frühjahr nicht abgenommen. Erst Anfang Juni, als die Strahlenwerte wieder unter der Toleranzgrenze lagen, begann für Iglo die Ernte.

Ob Erbsen und Bohnen, Kartoffeln und Karotten ohne Sorgen verarbeitet werden können, wird sich erst in den kommenden Wochen zeigen. Inzwischen sind die Labors aller größeren Firmen mit Meßgeräten ausgerüstet worden, da-

mit sie laufend überprüfen können, wie stark die landwirtschaftlichen Produkte verseucht sind. Und für alle Fälle haben die Firmen sich – soweit es geht – noch schnell mit Rohware aus der letzten Ernte eingedeckt.

Die Hersteller wissen, daß viel auf dem Spiel steht. Der Schock von Tschernobyl könnte das zunehmende Mißtrauen der Verbraucher gegenüber industriell hergestellten Lebensmitteln gefährlich verstärken.

Jeder zweite Bundesbürger, so ergab bereits vor Jahren eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie, ist überzeugt, daß „Lebensmittel immer mehr gesundheitsschädliche Stoffe enthalten“. Die Angst „vor chemisch verseuchten Lebensmitteln“ steht auf der Sorgenliste der Deutschen an erster Stelle. Von Radioaktivität war bei dieser Umfrage noch gar nicht die Rede.

Um den Schwund an Vertrauen durch die Angst vor einer gefährlichen Ernte nicht noch größer werden zu lassen, will die Branche nun in die Offensive gehen. Der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, Dachverband der Hersteller, denkt „intensiv darüber nach, unsere Kompetenz in Fragen der Lebensmittelsicherheit auszubauen“.

Erste Frucht der Denkarbeit: Bis zum Herbst will der Verband, der sich nach dem Reaktorunfall eigenem Bekunden zufolge recht „hilflos“ fühlte, ein Institut einrichten, das auf „sogenannte Skandalfälle“ schnell reagieren soll.

STEUERN

Zu vielschichtig

Sollen Rabatte, die ein Arbeitgeber seinen Beschäftigten einräumt – etwa beim Kauf von Autos aus eigener Produktion –, künftig besteuert werden?

Seine Parteifreunde nennen ihn Sparminister, und der Ehrentitel ist doppeldeutig genug. Der vorsichtige Umgang mit Geld, der jeden Finanzminister ehrt, ist bei Gerhard Stoltenberg zur abstrakten Kunst geworden.

Doch hin und wieder zeigt der Bonner Finanzchef überraschende Anflüge von Großzügigkeit. Auch ihm kommt es offenbar, wenn das politische Kalkül es so will, auf ein paar Millionen nicht an.

Rund 175 Millionen Mark, so errechneten Prüfer des Bundesrechnungshofes in Frankfurt, könnten jedes Jahr zusätzlich in die Bundeskassen fließen. Der Fiskus müßte nur ein Geschäft besteuern, das er bisher nicht erfaßt hat – den Verkauf von sogenannten Jahreswagen.

Bislang können die über 500 000 Automobilwerker in Stuttgart und Wolfsburg, München, Köln und Rüsselsheim einmal im Jahr ein Gefährt des eigenen Unternehmens mit einem Rabatt von 15

bis 21,5 Prozent erwerben. Nach zwölf Monaten frühestens dürfen sie den Wagen verkaufen und verdienen dann ein paar hundert oder auch ein paar tausend Mark dabei.

Was für viele längst zur guten Gewohnheit geworden ist, was von den Finanzämtern bislang stets widerspruchlos hingenommen wurde – für die Prüfer in Frankfurt ist es plötzlich ein Ärgernis. Der „geldwerte Vorteil“, wie der Rabatt für die Autowerker in der Beamtensprache heißt, müsse wie Einkommen besteuert werden, schrieben die Frankfurter in einer „Prüfungsmitteilung“ an Stoltenberg.

Im Ministerium wurde der Brief mit spitzen Fingern von einem zum anderen gereicht, bis die Beamten schließ-

ter – sie zögen sich den Zorn der gesamten Branche zu. Drastische Umsatzeinbußen nämlich wären die Folge, wenn die Beschäftigten der Autoindustrie, abgeschreckt durch drohende Steuerzahlungen, künftig nicht mehr so regelmäßig einen Jahreswagen bestellten. Bislang sind sie, unbeeindruckt von allen Konjunkturschwankungen, die treuesten Kunden. Immerhin wird inzwischen jeder fünfzehnte neu zugelassene Wagen von einem Automobilwerker mit Rabatt erstanden – das sind rund 160 000 Autos im Jahr.

Das Geschäft, mit dem beide Seiten zufrieden waren, läuft seit den fünfziger Jahren. Nach der reinen Theorie wäre der geldwerte Vorteil in der Tat zu besteuern. Doch daran hat sich bislang

So nutzten die meisten Arbeitnehmer in den Daimler-Werken die Chance, ein paar Tausender zusätzlich zu machen. Rund 60 000 Mercedes werden jedes Jahr von der Belegschaft gekauft. Das ist fast ein Viertel aller von Daimler-Benz im Inland verkauften Wagen.

Auch das Volkswagenwerk findet für knapp 70 000 Wagen einen Käufer unter den eigenen Beschäftigten. Wenn die ihre Autos dann weiterverkaufen, findet in Wolfsburg vor dem Werkstor „Wache Ost“ stets ein kleiner Jahrmarkt mit Bier-, Würstchen- und Eisständen statt.

„Reich werden kann man dabei nicht“, weiß Betriebsrat Walter Hiller. Aber selbst wenn er den Wagen für die gleiche Summe verkauft, die er ein Jahr zuvor selbst gezahlt hat, „bin ich zwölf Monate quasi umsonst, ohne Wertverlust, gefahren“.

Ärger machten gelegentlich nur einige Autohändler, die um ihr eigenes Geschäft fürchteten. Als Daimler-Benz vor kurzem den Mitarbeitern der neuen Tochter Dornier ebenfalls Wagen mit Rabatt anbieten wollte, drohten drei BMW-Händler mit Klage. Der Konzern zog sein Angebot zurück, obwohl schon 900 Dornier-Leute einen Benz bestellt hatten. Die Dornier-Beschäftigten, allen voran Betriebsrat Oscar Pauli, beklagten sich lautstark und sorgten für Wirbel. Damit, so wird nun in der Branche vermutet, hätten sie „erst schlafende Hunde geweckt“ und die Prüfer des Rechnungshofs auf dieses Thema gebracht.

Unangenehm ist es allen – dem Gesetzgeber, der sich bisher vor einer Lösung dieses Problems drückte, und den Finanzverwaltungen, die ihre Vorschriften großzügig auslegten. Zur Zeit gibt es deshalb noch regen Briefwechsel zwischen Stoltenbergs Ministerium und der Frankfurter Prüfbehörde. „Das ist“, sagt deren Sprecher, Andreas Freiherr von Gall, „wie ein Pingpongspiel.“

Stoltenberg spielt dabei erst einmal auf Zeit. Vor der nächsten Wahl, an der schließlich auch über 500 000 Beschäftigte der Automobilindustrie ihre Kreuzchen machen, soll nichts entschieden werden.

CDU/BERLIN

Notfalls Knarre

Warum der Berliner CDU-Innensenator einen unbequemen Parteifreund disziplinieren will.

Morgens im Bundestag, der über die geplante Einführung des fälschungssicheren Personalausweises debattierte, fiel den Christdemokraten zur inneren Sicherheit nur das Übliche ein. Polizei, Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz hätten sich als die „zuverlässigsten Stützen von Demokratie und Rechtsstaat erwiesen“, sie besäßen, meinte etwa der CDU-Abgeordnete Joa-



Jahreswagen-Verkauf in Wolfsburg: „Schlafende Hunde geweckt“

lich eine Antwort formulierten: Das Problem sei „so vielschichtig“, daß es in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelöst werden könne. Der Sparminister scheint in diesem Fall so scharf auf das Geld nicht zu sein, und das mit gutem Grund.

„Der Stoltenberg soll nur versuchen, da ranzukommen“, drohte Walter Hiller, Betriebsrat im Volkswagenkonzern. Den Rest des Satzes läßt er unausgesprochen. Den formuliert Daimler-Betriebsrat Helmut Funk: „Dann muß der sich keine Gedanken um die nächste Wahl machen; die Leute bei uns kochen ohnehin schon vor Wut.“

Dem Finanzminister und seiner Partei droht, sollte die Mahnung aus Frankfurt ernst genommen werden, nicht nur die Stimmzettel-Rache der Automobilarbei-

auch in anderen Branchen kaum jemand gehalten.

Angestellte der Lufthansa können für ein Zehntel des üblichen Preises um die Welt fliegen, Brauereibeschäftigte ihren Durst mit Freibier löschen, Bankangestellte billigere Kredite nehmen. Kumpel heizen umsonst mit Kohle, Kaufhausbedienstete kaufen billiger ein – alles eigentlich steuerpflichtige Vergünstigungen, sofern dabei mehr als 40 Mark im Monat herauskommen.

Besonders lohnend ist die Arbeitgeber-Offerte für die Beschäftigten bei Daimler-Benz. Wer sich dort einen Wagen mit einem Preisnachlaß von 21,5 Prozent kauft, der hat gute Chancen, ihn nach der abgelaufenen Sperrfrist noch fast zum vollen Neuwagenpreis zu verkaufen.